

DER EXPERTE ANTWORTET



Hubert
Berger
Kanzlei
Lanthaler +
Berger +
Bordato +
Partner

Mehrwertsteuer für Markise

Ich bin dabei, eine Markise für meine Wohnung zu kaufen. Beträgt der Mehrwertsteuersatz 10 oder 22 Prozent?

Eine Markise unterliegt gemäß allgemeiner Auffassung dem ordentlichen Mehrwertsteuersatz von 22 Prozent. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 10 Prozent wird grundsätzlich nur bei Lieferungen von Gütern, die für die Instandhaltungsarbeiten notwendig sind, angewendet. Wobei für die sogenannten bedeutenden Güter (Türen, Fenster, Klimaanlage, usw.) Einschränkungen gelten. Bei einer Markise handelt es sich normalerweise nicht um ein Gut, das im Zuge von Instandhaltungsarbeiten notwendig ist, und sie bildet auch keinen festen Bestandteil des Gebäudes. Die Markise ist in der Regel deshalb als Ausstattung und nicht als Gebäudebestandteil anzusehen.

Fassadenerneuerung

Ich lasse an meinem Wohnhaus die Fassade erneuern. Kann ich den Absetzbetrag von 50 Prozent nutzen?

Laut Informationsschreiben des Steueramtes (Guida Ristrutturazioni edilizie: le agevolazioni fiscali) sind auch die Arbeiten für die Erneuerung der Fassade begünstigt. Vorausgesetzt ist, dass sich das Material oder die Farbe ändert. Hingegen ein einfacher Neuanstrich ohne Veränderung ist nicht begünstigt. Es ist im Vorfeld abzuklären, ob von der jeweiligen Gemeindebauordnung für die Veränderung der Fassade eine entsprechende Ermächtigung notwendig ist. Es ist zudem eine Vorankündigung an das Arbeitsspektroskopat notwendig, wenn zum Beispiel mehr als ein Unternehmen die Arbeiten durchführt. ©

Falls Sie Steuerfragen haben, dann schicken Sie diese an die „WIKU“-Redaktion (dolomiten.wirtschaft@athesia.it).

Alibaba legt nochmal nach

UNTERNEHMEN: Chinesischer Onlinehändler plant erneuten Mega-Börsengang

Der chinesische Internet-Händler Alibaba plant in diesem Jahr einen erneuten Börsengang an der Wall Street nach dem größten Börsengang aller Zeiten an der Wall Street nun eine milliardenschwere Zweitnotierung in Hongkong.

Damit könne der Amazon-Rivale seine Kriegskasse um bis zu 20 Milliarden Dollar (17,86 Milliarden Euro) auffüllen, sagten mit der Angelegenheit vertraute Personen der Nachrichtenagentur Reuters.

Das Geld wolle der Konzern in neue Technologien und den Ausbau seines Geschäfts mit herkömmlichen Supermärkten investieren. Alibaba wollte sich am Dienstag zu den Plänen nicht äußern.

Der Technologieriese arbeitet den Insidern zufolge mit Finanzberatern an einem Emissionsangebot, über das die Agentur Bloomberg zuerst berichtet hatte. Bereits in der zweiten Jahreshälfte könne ein Antrag auf Börsennotierung in Hongkong gestellt werden. Viele Details seien allerdings noch ungeklärt, wie etwa die finale Größe des Börsengangs. Sollten es am Ende tatsächlich 20 Milliarden Dollar werden, wäre es laut Daten des Informationsdienstleisters Refinitiv die weltweit größte Zweitnotierung eines Unternehmens seit 7 Jahren. Der erste Börsengang von Alibaba in den USA im Jahr 2014 hatte ein Volumen von 25 Milliarden Dollar und war mit Abstand der jemals Größte. Facebook kam 2 Jahre früher auf 16 Milliarden Dollar.



Der Onlinehändler Alibaba ist bereits 2014 in den USA an die Börse gegangen, es war der größte Börsengang der Welt. Shutterstock

Mit der stärkeren Marktpräsenz im Heimatmarkt bekommt Alibaba nach Ansicht von Experten mehr Aufmerksamkeit bei Investoren und Banken. „Die meisten Anleger von Alibaba kommen aus China und für sie wird es einfacher zu handeln, alleine schon durch die selbe Zeitzone“, sagte ein Analyst.

Ursprünglich wollte Alibaba bereits 2014 in Hongkong an die Börse gehen, entschied sich dann aber doch für New York. Die Hongkonger Börse hat sich zum Ziel gesetzt, der Wall Street mehr Konkurrenz zu machen und attraktiver vor allem für asiatische Firmen zu werden. Seit der Platzierung in New York ist Alibaba extrem schnell gewachsen und ist mit einer Marktkapitalisierung von mehr als 400 Milliarden Dollar inzwischen das größte börsennotierte chinesische Unternehmen.

Die Zweitnotierung soll dem

Konzern nun mehr Spielraum geben für Wachstum in China. Die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft will ihre Technologieindustrie angesichts eines eskalierenden Handelskonflikts mit den USA ausbauen. Unter anderem soll das Geschäft mit der Datenwolke, der sogenannten Cloud, gestärkt werden. Alibaba ist nach Microsoft und Amazon der drittgrößte Cloud-Dienstleister der Welt. Außerdem vertreiben die Chinesen über ihre Online-Plattform Importprodukte wie Mode, Babynahrung, Kosmetik, Nahrungsergänzungsmittel und Schweinefleisch aus Deutschland.

Die Regierung in Peking ermunert die großen Tech-Unternehmen derzeit, in China an die Börse zu gehen. Geplant ist eine Technologiebörse in Shanghai nach dem Muster der US-Börse Nasdaq. (APA/Reuters)

© Alle Rechte vorbehalten

Abbau fauler Kredite erleichtern

ITALIEN: EU erlaubt staatliches Garantieprogramm zu verlängern

Die EU-Kommission hat Italiens Regierung grünes Licht für eine erneute Verlängerung des staatlichen Garantieprogramms für den Abbau fauler Bankkredite erteilt.

Im Rahmen des Programms können Institute zu Marktpreisen Staatsgarantien für die Verbriefung von Teilen ihrer notleidenden Darlehen erhalten, die sie losschlagen wollen. Damit will die Regierung in Rom den Geldhäusern den Abbau erleichtern.

Wie die EU-Kommission am

Montag in Brüssel mitteilte, ist dies bereits die dritte Verlängerung des GACS genannten Programms. Es werde damit bis zum 27. Mai 2021 genehmigt. Erstmals hatte die Kommission im Februar 2016 den Weg dafür freigemacht.

Die von der EZB-Bankenaufsicht kontrollierten Finanzinstitute des Landes saßen Ende 2018 noch auf faulen Krediten im Volumen von rund 135 Milliarden Euro. Sie sind eine Hinterlassenschaft der Finanzkrise und der daran anschließenden

jahrelangen Wirtschaftsflaute. Die zum Teil hohen Bestände in den Bilanzen gelten als schwere Belastung für die Banken. Denn dadurch wird tendenziell die Vergabe von Neudarlehen gebremst. Laut EU-Kommission steht das CAGS-Programm im Einklang mit den EU-Wettbewerbsregeln. Es habe Geldhäuser in die Lage versetzt, zwischen Februar 2016 und November 2018 notleidende Kredite im Volumen rund 51 Milliarden Euro loszuschlagen. (APA)

© Alle Rechte vorbehalten